



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 1

Oktober 1999

Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft?

Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala

Mario Solórzano Martínez



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden.

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Referat Forschung und Projekte
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 1999

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-9803291-4-3

Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft?

Wahlen zum Endes des Jahrhunderts in Guatemala

Mario Solórzano Martínez

Guatemala ist ein magisches Land, das sich einerseits im Rhythmus des *Tun-tun* und der *Chirimilla* bewegt, begleitet vom poetischen Farbklang des Grüns, des Grüns seiner Landschaft, das Miguel Angel Asturias, Träger des Nobelpreises für Literatur, mit großer Meisterschaft beschrieben hat, und das andererseits von dem markerschütternden Schrei der Ungerechtigkeit, der Schmach und des Terrors durchdrungen wird, der von Rigoberta Menchú, Trägerin des Friedensnobelpreises, als noch lebender Zeugin ausgestoßen wurde. Beide Guatemalteken, er ein Weißer und Christ, sie eine Dunkelhäutige und Indígena, sind das beste Beispiel für die geistige Kraft und den Kampfeswillen eines Volkes, das in das neue Jahrhundert mit der Hoffnung geht, die Zukunft zu erreichen.

Was Octavio Paz einmal über ganz Lateinamerika sagte, könnte man, ihn parodierend, auch so ausdrücken: Guatemala ist ein Volk, das in der Vergangenheit geboren wurde und in der Vergangenheit lebt, die Gegenwart ist abwesend und die Zukunft ist auf seinem geschichtlichen Weg noch weit entfernt.

Das ist seine Herausforderung vor den Toren des neuen Jahrtausends, und in diesem Rahmen bewegen sich die Wahlen am 7. November und, falls es einen zweiten Wahlgang geben sollte, am 26. Dezember dieses Jahres.

I. Die Folgen des Krieges

Der Krieg spaltete Guatemala auf dramatische Weise: Die großen sozialen und kulturellen Unterschiede kamen wieder zum Tragen und wurden zu Bollwerken ideologisch-politischer Standpunkte, die inmitten des Diskurses und der Ideologie des kalten Krieges zu einer Konfrontation von enormen Ausmaßen führten. Das Ergebnis war ein Land, das in Arme und Indios aufgeteilt war, die kommunistisch, und in Weiße und Reiche, die antikommunistisch waren, beide Gruppen geprägt von einem irrealen Mani-

chäertum, das zu einer der schrecklichsten Erfahrungen politischer Gewalt in Lateinamerika führte.

Die grauenvollen Berichte der Geschehnisse wurden in zwei wichtigen Dokumenten festgehalten. Das eine ist der Bericht „*Guatemala. NUNCA MAS*“ der Menschenrechtskommission des Erzbischofs von Guatemala, der 1998 nach vierjähriger Untersuchungszeit vorgelegt wurde: „Jetzt, da der bewaffnete Konflikt beendet ist, der uns so lange Zeit über quälte und der uns die moralischen und ethischen Werte

Der Krieg spaltete Guatemala auf dramatische Weise: Die großen sozialen und kulturellen Unterschiede kamen wieder zum Tragen und wurden zu Bollwerken ideologisch-politischer Standpunkte.

Über 34 Jahre lebten die Guatemalteken im Schatten der Angst, des Todes und des Verschwindens von Menschen.

vergessen ließ, so dass wir als Gesellschaft scheiterten, ist es an der Zeit, uns der Wahrheit zu stellen, um unsere durch den ungerechten Krieg verletzte und gesplattene Gesellschaft wieder moralisch zu erneuern. Dieser Krieg hat uns sehr viele Menschenleben gekostet, und viele von ihnen waren Opfer eines schmutzigen Krieges, der die Bevölkerung terrorisierte und dessen Folgen immer noch zu spüren sind.“ Den erschütternden Schlusspunkt dieser Tragödie bildete die nach wie vor unaufgeklärte Ermordung von Bischof Juan Gerardi, dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission, wenige Tage nach der Veröffentlichung seines Berichts.

In dem zweiten Bericht „*Guatemala. Memorial del silencio*“, der von der „Kommission für Historische Aufklärung“ (*Comisión de Esclarecimiento Histórico*) verfasst wurde, heißt es: „In Guatemala wurden Seiten der Schamlosigkeit und der Infamie, der Schande und des Terrors, des Schmerzes und des Leids geschrieben; sie waren das Resultat der bewaffneten Auseinandersetzung unter Brüdern. Über 34 Jahre lebten die Guatemalteken im Schatten der Angst, des Todes und des Verschwindens von Menschen; es waren die tagtäglichen Bedrohungen für den normalen Bürger.“

Guatemala ist ein kleines Land mit einer Fläche von kaum mehr als 108.889 km², es ist jedoch kulturell, sozial und politisch gesehen ein äußerst komplexes Land. Auf einem kleinen Gebiet, das kaum ein Drittel Deutschlands ausmacht, leben drei große ethnische Gruppen zusammen: die Nachfahren der Mayas, die 21 verschiedene Sprachen sprechen, die Garífonas afro-karibischer Herkunft, die sich untereinander in einem besonderen Dialekt, einer Mischung aus englisch und spanisch, unterhalten, und die spanisch sprechenden Mestizen, die Ladinós, die von den Spaniern und Mayas abstammen.

Wir haben es also mit einem multiethnischen Volk zu tun, dem es gelungen ist, trotz Eroberung, Kolonisierung und Beherrschung durch den Westen die Wurzeln seiner Kultur zu bewahren. Dieses kulturelle Erbe ist jedoch, jetzt zum Ausgang unseres Jahrhunderts, überlagert durch die Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung, durch ein liberaldemokratisches Regierungssystem, das immer wieder durch Diktaturen korumpiert wurde, und durch die immense Armut, in der der größte Teil der Bevölkerung auf dem Lande lebt. Hierzu ein Zitat aus dem Bericht „*Guatemala. El rostro rural del desarrollo*“ (*Guatemala. Das ländliche Gesicht der Entwicklung*) aus dem Jahr 1999: „Das Hauptaugenmerk liegt auf der ländlichen Entwicklung. Es sollen die Tendenzen und wichtigsten Veränderungen in einem Gebiet beschrieben werden, in dem über die Hälfte der guatemaltekenischen Bevölkerung lebt und das die wichtigste Devisen- und Beschäftigungsquelle ist. Die Agrarstruktur und die sozialen Beziehungen in den ländlichen Gebieten haben zu großen Ungleichgewichten sowie dazu geführt, dass sich, wie auch in anderen Ländern Lateinamerikas, die Indikatoren für Armut unter der ländlichen Bevölkerung verschlechterten.“

Auch Deutschland ist indirekt von dieser Realität betroffen. Eine nicht geringe Zahl von Deutschen wanderte in der Vergangenheit nach Guatemala aus und lebte dort mit den Guatemalteken zusammen, vor allem in Quekchí, einem Dorf im Norden des Landes. In diesem Gebiet sind auch heute noch viele Spuren der deutschen Einwanderer zu finden: bei der Entwicklung des Kaffeeanbaus, dem Bau einer Eisenbahn-

linie zum Kaffeeexport und der Nutzung eines der schönsten Seen der Welt, dem Izabal-See.

Guatemala ist ein Land der Seen, der Berge und der Vulkane, wo sich das Blau des Himmels und der Gewässer mit dem satten Grün der Wälder mischt und sich mit der Farbenpracht der Flora, der Güpiles* und der Trachten vermengt, die die verschiedenen Ethnien des Landes unterscheiden. Diese Trachten wurden von den spanischen Eroberern durchgesetzt, damit sie die verschiedenen Völker, die das guatemalte-kische Gebiet bewohnten, unterscheiden konnten. An den Küsten im Süden und Norden des Landes ist das unaufhörliche Rauschen des Pa-zifiks und des Atlantiks (Karibisches Meer) zu hören, im Osten und Norden grenzt es an Mexiko und Belize, im Osten an Honduras und El Salvador. Die Gewalt der in regelmäßigen Abständen erfolgenden Vul-kanausbrüche lässt sich mit den Gewaltausbrüchen des drei Jahrzehnte dauernden Bürgerkrieges, den das Land durchlitt, vergleichen.

* Die Güpiles sind ein buntes Kleidungsstück der Frauen, das in Handarbeit hergestellt wird

II. Das Profil der politischen Macht: Land, Schwert und Kreuz

Die politische Geschichte Guate-malas ist das Resultat einer wirt-schaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Matrix mit rechts-autoritärem Charakter, die auf einem Entwicklungsmodell be-ruht, das agarexportorientiert ist, und auf einem politischen Re-gime, das durch die Allianz von Großgrundbesitz, Schwert und Kreuz in einem multiethnischen, plurikulturellen und vielsprachi-gen Land bestimmt wird. Dies er-klärt die Langsamkeit und die Gewalttätigkeit des politischen Wandels im Lande: lange Regie-rungszeiten von Diktatoren (Ra-fael Carrera 18 Jahre und Justo Rufino Barrios 12 Jahre im 19. Jahrhundert, Manuel Estrada Cabrera 22 Jahre und Jorge Ubico 14 Jahre in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts), eine demokratische Revolution im Jahre 1944, eine antikommunistische Konterrevolution 1954 und einen 36 Jahre dauernden Bürgerkrieg von 1960 - 1996. Diese Geschichte macht es verständlich, weshalb es in diesem Land eine so undurch-dringliche Mauer konservativen

Denkens gibt, die die gesamte Gesellschaft unterdrückt und zu einer starken sozialen und politi-schen Polarisierung zwischen Ar-men und Reichen, Konservativen und Liberalen, Ladinos und In-dígenas und neuerdings auch noch zu einer religiösen Polarisie-rung zwischen Katholiken, Protes-tanten und Mayas führt. Es ist vor allem aber eine Polarisierung zwi-schen Stadt und Land.¹

Ende dieses Jahrhunderts stellt sich Guatemala als ein Land der enormen Gegensätze dar, ein Land, in dem sich die Vergangen-heit der Welt der Mayas mit der Gegenwart und der Zukunft einer globalisierten Welt verbindet, die ihr spektakuläres Gesicht aus Lichtern und Farben in der Mo-dernität ihrer Metropole zur Schau stellt, in den Schaufenst-ern ihrer großen Kaufhäuser, in der raffinierten Architektur der Apartmenttürme, in ihrem U-Bahnnetz, in der Magie des Inter-nets und des Kabelfernsehens, und dies alles in einem bunten Miteinander mit den indigenen

Ende dieses Jahr-hunderts stellt sich Guatemala als ein Land der enormen Gegensätze dar, ein Land, in dem sich die Vergan-genheit der Welt der Mayas mit der Gegenwart und der Zukunft einer glo-balisierten Welt verbindet.

¹ PNUD. Guatemala: *Los Contrastes del Desarrollo Humano*. Ausgabe von 1998.

Trachten, den Landstraßen und den *Limonadas*, die die Stadt umsäumen. Diesen Stätten der Modernität gelingt es aber keineswegs, das unendliche Meer der Armut und des Elends zu verbergen, in dem der weitaus größte Teil der Guatemalteken lebt.

Die nackte materielle Armut des Landes wird nur noch von der geistigen Rückständigkeit der Eliten übertroffen, die die Parameter für die Kultur und die Politik des Landes festsetzen, eine Rückständigkeit, die sich in der Mittelmäßigkeit der politischen, unternehmerischen und gewerk-

schaftlichen Führung, in einem verstaubten universitären Ambiente, in den wenigen Bibliotheken und den zurückgebliebenen intellektuellen Diskursen manifestiert.

Das beste Beispiele für dieses konservative und rückschrittliche Ambiente ist die Tatsache eines 36-jährigen Bürgerkrieges und der „Führungsstil“, der das politische System charakterisierte. Tabelle 1 zeigt die Grundzüge der politischen Machtausübung, die erst ab 1985 beginnt, sich umzugestalten, um ihren Weg hin zu einer modernen Demokratie zu nehmen.

Tabelle 1: Guatemala: Formen der Machtübernahme, 1945 - 1999

Name	Zeitraum	Machtantritt	Beruf
Juan José Arévalo	1945-1950	Wahl	Pädagoge
Jacobo Arbenz Guzmán	1950-1954	Wahl	Militär
Carlos Castillo Armas	1954-1957	Konterrevolution	Militär
Luis A. González López	1957	Ernannt	Rechtsanwalt
Guillermo Flores Avendaño	1957-1958	Ernannt durch den Kongress	Militär
Miguel Idígoras Fuentes	1958-1963	Wahl	Militär
Enrique Peralta Azurdia	1963-1966	Staatsstreich	Militär
Julio César Méndez Montenegro	1966-1970	Wahl	Rechtsanwalt
Carlos Arana Osorio	1970-1974	Wahl	Militär
Kjell Laugeroud García	1974-1978	Wahlfälschung	Militär
Efraín Ríos Montt	1982-1983	Staatsstreich	Militär
Humberto Mejía Vítores	1983-1986	Staatsstreich	Militär
Vinicio Cerezo Arévalo	1986-1991	Wahl	Rechtsanwalt
Jorge Serrano Elías	1991-1993	Wahl	Ingenieur
Ramiro de León Carpio	1993-1996	Ernannt durch den Kongress	Rechtsanwalt
Alvaro Arzú Irigoyen	1996-2000	Wahl	Unternehmer

Tabelle 1 lässt erkennen, wo die Wurzeln für die rechtsautoritäre Machtausübung im Lande liegen. Eine Analyse ergibt, dass wir in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts 10 Präsidenten aus den Reihen der Militärs und nur 7 zivile Präsidenten hatten; 12 von ihnen wurden gewählt, wobei zwei durch Wahlmanipulationen an die

Macht kamen, drei durch Ernennung durch den Kongress der Republik und drei durch Putsche. Es gab eine Revolution und eine Konterrevolution. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Militär seine Rolle als Wächter der gesellschaftlichen Ordnung aufgab, um die Staatsführung zu übernehmen und somit zum wich-

tigsten Zentrum der politischen Macht zu werden.

Diese sich über einen langen Zeitraum erstreckenden autoritären Herrschaftspraktiken sind zwar nicht das einzige Hindernis, aber sie sind dennoch die größte Herausforderung für die Konsolidierung der Demokratie im Lande. Der Autoritarismus betrifft nicht nur die Strukturen, die Institutionen und die politischen Machthaber, er hat sich auch im Geist der gesamten Gesellschaft eingenistet, er lebt in ihren Köpfen, in ihrem Handeln, in der Form, Beziehungen einzugehen, in den familiären und institutionellen Verhaltensweisen. Überall lässt sich das krankhafte Bestreben beobachten, Kritik und Opposition so lange zum Schweigen zu bringen, bis es schließlich zur Anwendung von Gewalt oder sogar zu Gewaltverbrechen kommt. An dieser Krankheit leiden alle: die Rechten und die Linken, die Unternehmer und die Gewerkschafter, die politischen Parteien, die Guerilla und natürlich die Staatsgewalten.

III. Der lange Marsch zur Demokratie

Die historisch-politische Entwicklung Guatemalas wird durch den ständigen Kampf um die Ausrichtung der Politik an der Verfassung gekennzeichnet und gleichzeitig durch das böswillige Bestreben, sie ständig außer Kraft zu setzen, um sie Einzel- oder Gruppeninteressen anzupassen. Diese Tradition tritt seit dem letzten Jahrhundert deutlich zu Tage. In dem Verfassungsentwurf und in der „Deklaration über die Rechte“ von 1810 wird deshalb versucht, der Allmacht des Königs Grenzen zu setzen: „Eine Verfassung soll den

Despotismus des Staatsoberhauptes verhindern. Sie soll die Grenzen seiner Autorität aufzeigen, sie soll den König zum Vater und Bürger machen.“²

Von da ab wurden eine ganze Reihe von Verfassungen erlassen, die immer die liberale Demokratie als das politische System des Landes anerkannten und bestrebt waren, die Rechte der Bürger und der verschiedenen Machtgruppen klar zu definieren. Wenn jedoch etwas ständig nicht respektiert wurde, so waren das die Verfassungen. Jeder Diktator führte Verfassungsreformen durch, um seine Amtszeit zu verlängern. Die Putsche beginnen damit, dass sie die durch die Verfassung verbürgten Rechte aufheben, und sie enden jedes Mal damit, dass eine neue Verfassung verkündet wird. In anderen Fällen wurde sie zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber man handelte an ihrem Rande. Dieser Widerspruch zwischen dem, was sein soll, und dem, was ist, ist eine Konstante auf ihrem langen historischen Werdegang. Das zuvor Gesagte wird in der Herausbildung von Fassaden-Demokratien (Tabelle 2) deutlich, die zum öffentlichen Ausdruck des Autoritarismus im Lande werden sollten. Im Gegensatz zu den rechtsautoritären Systemen in den Ländern des Cono Sur, wo die Militärs die Staatsmacht übernahmen, die politischen Parteien ausschalteten und mit der Legitimität der Waffen regierten, indem sie die Wahlen abschafften, blieb

Der Autoritarismus betrifft nicht nur die Strukturen, die Institutionen und die politischen Machthaber, er hat sich auch im Geist der gesamten Gesellschaft eingenistet, er lebt in ihren Köpfen, in ihrem Handeln, in der Form, Beziehungen einzugehen, in den familiären und institutionellen Verhaltensweisen.

² Ernesto de la Torre Villa und Jorge Mario García Laguardia: *Desarrollo histórico del constitucionalismo hispanoamericano*. México: Instituto de Investigaciones Jurídicas. UNAM, 1976, S. 57.

Die Mechanismen der politischen Kontrolle lagen jedoch vollkommen in den Händen der Militärs und ihrer politischen Verbündeten, die die Kandidaten und die Gewinner der Wahlen über Wahlbetrug und Wahlmanipulationen einsetzten.

in Guatemala die Gültigkeit der Verfassung, der eingeschränkte Handlungsspielraum der politischen Parteien und die regelmäßige Abhaltung von Wahlen alle vier Jahre erhalten. Die Mechanismen der politischen Kontrolle lagen jedoch vollkommen in den Händen der Militärs und ihrer politischen Verbündeten, die die Kandidaten und die Gewinner der Wahlen über Wahlbetrug und Wahlmanipulationen einsetzten. Das Volk wählte, und die Militärs zählten die Stimmen.

Dieser Prozess begann im Jahre 1966 mit dem Bündnis ziviler Vertreter mit den Militärs, dem „*Pacto Cíviles y Militares*“, der die Übergabe der Regierungsgeschäfte an Julio Cesar Méndez Montenegro³ erlaubte, und setzte sich fort in der Regierung des Generals Carlos Manuel Arana Osorio und den Wahlmanipulationen von 1974, wo man zwar Wahlen durchführte, aber gleichzeitig als Leitlinie festlegte, dass den Militärs weiterhin die Kontrolle des Staates obliegt. Der beste Kandidat für den Verteidigungsminister war deshalb ein Militär.

Dieses Modell entwickelte sich inmitten einer Bürgerkriegssituation, die ihre eigenen Widersprüche in Gesellschaft und Heer schuf.⁴ Die Situation verschlechterte sich zunehmend, bedingt durch eine Reihe von aufeinanderfolgenden Naturkatastrophen,

wie das Erdbeben von 1976, das die Armut und das Elend, in dem der größte Teil der Bevölkerung lebte, offenkundig machte, und durch die Entwicklung des Bürgerkrieges, der immer mehr eskalierte, was wiederum eine Zunahme der Repressionen zur Folge hatte.

Im Juli 1978 „wurde zum zweiten Mal hintereinander ein Kandidat der Militärs, General Fernando Romero Lucas García, in *arrangierten Wahlen* gewählt. Er löste General Laugeroud innerhalb eines autoritären politischen Systems ab, bei dem die Grenzen zwischen Regierungsfunktionären, militärischer Hierarchie und politischer Führung nicht mehr klar zu erkennen waren.“⁵

Mehrere Faktoren trugen zur weiteren Verschärfung der Situation bei: die verstärkte Präsenz der Guerilla, verbunden mit dem gleichzeitigen Beginn einer sozialen Mobilisierung als Folge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Lande, und die repressive Antwort des Staates darauf; hinzu kam noch die internationale Ächtung wegen der Menschenrechtsverletzungen, die das Regime immer mehr isolierte. General Héctor Gramajo, Ex-Verteidigungsminister, erklärt in dem bereits zitierten Buch, dass „die Aufständischen durch die systematische Anwendung einer integralen Strategie fähig waren, Druck auszuüben und unter den Mitgliedern der Regierung und einigen Unternehmern Angst, mitunter sogar Panik zu erzeugen.

³ Francisco Villagrán K.: *Biografía Política de Guatemala: los pactos políticos de 1944 a 1970*. Guatemala, FLACSO. Guatemala und Costa Rica 1993.

⁴ Die Guerilla entsteht im Jahre 1962 und wird von Exoffizieren des Heeres mit Unterstützung der *Partido Guatemalteco del Trabajo* und der Kubanischen Revolution angeführt.

⁵ Héctor Alejandro Gramajo Morales: *De la guerra ... A la guerra. La difícil transición política en Guatemala*. Fondo de Cultura Editorial. Guatemala, Februar 1995, S. 120.

[...]. Auch fiel es den politischen Führern, noch mehr aber den Geheimorganisationen des extrem-radikalen Konservatismus äußerst schwer, die Aktivitäten von abtrünnigen Ex-Priestern, die sich ganz bewusst den Aufständischen angeschlossen hatten, von den sozialen Aktivitäten oder Projekten mit religiöser Ausrichtung zu unterscheiden. Die genannten Geheimorganisationen können zwar nicht eindeutig der offiziellen Gerichtsbarkeit und Verantwortung der Regierung unterstellt werden, aber sie waren auf die Unterstützung durch die Regierung angewiesen und organisierten sich zu deren Verteidigung, vereint im Kampf gegen die kommunistische Gefahr.“

Inmitten dieser Situation, die den Krieg in die Stadt brachte, und zwar eher durch das repressive Verhalten der Regierung als durch eine militärische Strategie der Guerilla, begann man im Innern des Heeres das Modell der Fassaden-Demokratie zu hinterfragen, die das Heer daran hinderte, sich seiner eigentlichen Aufgabe, dem Krieg gegen die Aufständischen, zu widmen. Daher müssen laut Gramajo die Ursprünge des Putsches gegen Lucas García Mitte 1979 gesucht werden, als Folge der Ermordung des Chefs des Generalstabs, General David Cancinos, durch ein Schwadron der Stadt-Guerilla: „Beobachter sind der Meinung, dass diese Tatsache den Prozess der Nachfolgerege-

lung des Präsidenten, wie er sich in dem herrschenden System herauskristallisiert hatte (als Nachfolger von Präsident Lucas war General David Cancinos bestimmt, auf diesen wiederum sollte Oberst Hugo Tulio Búcaro folgen), zum Stillstand brachte“ (Gramajo: 161).

Den Putsch vom März 1982 kann man als Erdrutsch in der politischen Geschichte Guatemalas bezeichnen, weil er den Prozess der demokratischen Öffnung einleitet, der mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von 1996 beendet wird. Tabelle 2 zeigt die Unterschiede zwischen den vorausgegangenen politischen Regimes und den Regimes, die sich konstituierten, um eine liberale Demokratie herbeizuführen.

Tabelle 2 erlaubt, einen Vergleich zwischen den beiden politischen Modellen, dem der Fassaden-Demokratie und dem der liberalen Demokratie über einen Zeitraum von 16 bzw. 17 Jahren (1982 bis 1999) anzustellen. Der Übergang von dem alten Modell zu dem einer liberalen Demokratie bedeutete eine drastische Veränderung im Leben des Landes, besonders aber im Bereich der Politik. Oder anders gesagt: Es wurde ein entscheidender Schritt zur Eroberung der Freiheit getan, da, wie Giovanni Sartori sagte, „es ohne *Freiheit* schwierig ist, zur *Gleichheit* zu kommen, und es ohne *Gleichheit* schwierig sein wird, die *Freiheit* zu konsolidieren“.

Den Putsch vom März 1982 kann man als Erdrutsch in der politischen Geschichte Guatemalas bezeichnen, weil er den Prozess der demokratischen Öffnung einleitet, der mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von 1996 beendet wird.

Tabelle 2: Gegenüberstellung der politischen Regimes (1982-1997)

Fassaden-Demokratie	Liberaler Demokratie
Staatsideologie: Antikommunistisch	Staatsideologie: liberaldemokratisch
eingeschränkte Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit: <ul style="list-style-type: none"> - legale Verhinderung von Versammlungen aus ideologischen Gründen (Art. 65 der Verfassung von 1965) - Selbstzensur der Medien und Verfolgung von Journalisten - Verfolgung von Volksorganisationen und politischen Organisationen - ständige Menschenrechtsverletzungen 	weitgehende Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit: <ul style="list-style-type: none"> - weitgehende Versammlungsfreiheit (Art. 223 der Verfassung von 1985) - weitgehende Presse- und Meinungsfreiheit - drastische Verringerung der Menschenrechtsverletzungen aus politischen Gründen
von der Exekutive abhängiges Wahlsystem: <ul style="list-style-type: none"> - Ernennung durch die Exekutive 	autonomes Wahlsystem: <ul style="list-style-type: none"> - gewählt durch den Kongress der Republik
beschränkter Wahlwettbewerb: <ul style="list-style-type: none"> - manipulierte Wahlprozesse 	freier Wahlwettbewerb: <ul style="list-style-type: none"> - freie und rechtmäßige Wahlen 1985, 1990 und 1995
entscheidender Machtfaktor: das Militär	entscheidender Machtfaktor: Stimmabgabe bei Wahlen
Regierungsform: <ul style="list-style-type: none"> - zentralisiert - absolute Kontrolle der Exekutive über die Legislative und die richterliche Gewalt - größere Intervention in die Wirtschaft 	Regierungsform: <ul style="list-style-type: none"> - zentralisiert - unabhängig von den Staatsgewalten: die politische Kontrolle wird in Übereinstimmung mit dem Wähler-votum ausgeübt - Stärkung der Marktwirtschaft
Quelle: vom Autor erstellt	

IV. Der Übergang zur Demokratie

Der Übergang zur Demokratie vollzieht sich in einem Kontext, der durch verschiedene Faktoren charakterisiert wird, auf die es sich lohnt, einen Blick zu werfen: Die politische Öffnung findet in einer wirtschaftlich und sozial kritischen Situation statt, die die Regierung zwingt, eine Politik der strukturellen Anpassung mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung voranzutreiben, die

sich nicht sehr von den Erfahrungen, die in anderen Ländern Lateinamerikas gemacht wurden, unterscheiden. Mit anderen Worten: Der Wechsel vollzieht sich in einer Zeit der mageren Jahre und nicht in einer Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur.

Die Transition wird durch eine militärische Strategie eingeleitet, die das Ziel verfolgt, die militärische Niederlage der Aufständischen herbeizuführen; hierdurch werden jedoch zu einem wesentlichen Teil die Bedingungen für den Demo-

kratisierungsprozess geschaffen. Deshalb kann der Übergang zur Demokratie an dem Verlauf des Friedensprozesses gemessen werden, d. h., die Friedensverhandlungen waren der beste Indikator dafür, ob die demokratische Entwicklung im Lande voranschritt oder ins Stocken geriet. Der Bürgerkrieg war das größte Hindernis, das dem Erstarken der Demokratie im Wege stand, und darauf ist es hauptsächlich zurückzuführen, dass diesem Thema in der Regierungsagenda ganz besondere Bedeutung beigemessen wurde.

Die oben beschriebene Situation bedingte zum großen Teil die Anstrengungen der ersten drei Übergangsregierungen, die sich mit den Widersprüchen innerhalb des Heeres, die sich in unzähligen Putschversuchen niederschlugen, herumplagen mussten, ein Zustand, der den politischen Handlungsspielraum der zivilen Regierungen beträchtlich einschränkte und der erst mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens sein Ende fand. Nicht zuletzt muss die zentrale Rolle der internationalen Völkergemeinschaft hervorgehoben werden.

Die bisher angestellte Analyse erlaubt es, den Kontext zu bestimmen, in dem die Wahlen zum Ende dieses Jahrhunderts stattfinden werden. Der Übergang zur Demokratie vollzog sich inmitten all dieser Wechselfälle, und es verfestigte sich immer mehr der Wille, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten, was jedoch, da Schwankungen nicht ausgeschlossen werden können, keine Garantie gibt, dass das Land nicht wieder in einen Zustand der

Nichtregierbarkeit gerät.

V. Das Wahlszenarium 1999 – im Geiste Fujimoris?

Die allgemeinen Wahlen im November und, falls es einen zweiten Wahlgang geben sollte, im Dezember dieses Jahres finden zu einem Zeitpunkt statt, der eine besondere Ausstrahlung besitzt: Ein Jahrhundert geht zu Ende, und ein neues Jahrtausend beginnt, mit all den damit verbundenen Hoffnungen und Erwartungen. Diese scheinen sich jedoch nicht im Wahlprozess widerzuspiegeln, der ganz im Gegenteil durch das Fehlen von Ideologien gekennzeichnet ist, was zu einer Vereinheitlichung der politischen Diskurse und der programmatischen Konzepte führte. Oder anders ausgedrückt: Wir haben es mit einem eher mittelmäßigen Wahlprozess zu tun, dessen bemerkenswertester Zug es ist, dass einerseits frische und erneuernde Ideen fehlen und dass andererseits nicht ganz auszuschließen ist, dass die politischen Parteien wieder in ihr autoritäres Verhalten zurückfallen könnten. Diese Entwicklung bestätigt auf dramatische Weise das von Robert Michels beschriebene „eherne Gesetz der Oligarchie“. In diesen Wahlen, um das Bild der Rolle des Militarismus abzurunden, lassen die Uniformierten schon wieder ihr Gesicht erblicken und gehen mit den Waffen in der Reserve auf Stimmenfang. Sie präsentieren ein populistisches Konzept, einen zivilen Kandidaten und einen Diskurs, der viele der Frustrationen der Bürger aufnimmt. Der Geist Fujimoris scheint sie zu begleiten.

Die Szenerie wird dadurch ver-

Die Friedensverhandlungen waren der beste Indikator dafür, ob die demokratische Entwicklung im Lande voranschritt oder ins Stocken geriet.

Die politische Öffnung, die mit dem Militärputsch von 1984 eingeleitet worden war, vollzog sich vor dem Hintergrund der internen Widersprüche im Heer, den Friedensverhandlungen und der Schwäche eines politischen Parteiensystems, dem es bis heute noch nicht gelungen ist, sich zu konsolidieren.

vollständig, dass alle Parteien der Mitte, die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Zentrumsparteien, fast vollständig verschwunden sind und gleichzeitig eine revolutionäre Linke auftritt, die sich mit einem Kandidaten unternehmerischen Zuschnitts schmückt. Daneben gibt es eine Rechte mit einem Kandidaten marxistischer Herkunft, der neuerdings jedoch seinen absoluten Glauben an die Marktwirtschaft verkündet, und mehrere Unabhängige, die im Namen der Ökologie, der Frau, der Verteidigung der Verfassung handeln, und sogar religiöse Fundamentalisten, die die Carta Magna durch die Bibel ersetzen.

Zum Ende des 20. Jahrhunderts wurde mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens und der Beteiligung der Aufständischen am Wahlvorgang, zugleich auch das Ende der Transition eingeleitet, wobei ein doppeltes Paradox sichtbar wird: auf der einen Seite die Öffnung des politischen Systems für die freie Beteiligung aller Ideologien zu einem Zeitpunkt, wo diese vom Wahlszenarium verschwunden sind, und auf der anderen Seite ein Land, das 36 Jahre Bürgerkrieg hinter sich hat und nun erneut von den alten, wiederaufbereiteten konservativen Parteien regiert wird, deren Traum von einem Land in Erfüllung gegangen zu sein scheint, in dem ein einheitlicher politischer Diskurs herrscht und in dem keine Debatten mehr geführt werden: Die Demokratie kommt nach einer schweren, 17 Jahre dauernden Geburt auf traumatische Weise wieder in einem konservativen Kleid daher, und das in einem

multi-ethnischen Land, das immer noch hohe Indizes für Armut aufweist. Und: Es sind die Bürger, die mit ihrer Stimme den Präsidenten wählen und nicht die Bajonette.

V.1 Ende der Transition?

Die Charakteristika des gegenwärtigen Wahlprozesses werden durch die Tatsache beeinflusst, dass der Übergang zur Demokratie abgeschlossen ist, wenn wir unter Demokratie „ein politisches Regime [verstehen], das durch die regelmäßige Durchführung freier und offener Wahlen gekennzeichnet ist, die dazu dienen, die Regierung in einem politischen Wettkampf, unter ungehinderter und freier Ausübung der Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit zu wählen, und an dem die Wähler ohne Restriktionen und unter der Garantie, die die autonomen Wahl- und Rechtsinstitutionen gewährleisten, teilnehmen“.⁶

Die politische Öffnung, die mit dem Militärputsch von 1984 eingeleitet wurde, vollzog sich vor dem Hintergrund der internen Widersprüche im Heer,⁷ den Friedensverhandlungen und der Schwäche eines politischen Parteiensystems, dem es bis heute nicht gelungen ist, sich zu konsolidieren. Trotzdem wurden drei Präsidentschaftswahlen (1985, 1990 und 1995) durchgeführt, in denen Vinicio Cerezo Arévalo, Jorge Serrano Elías und Alvaro Arzú Irigoyen auf legale Weise

⁶ Edelberto Torres-Rivas und Juan Alberto Fuentes K. (Hrsg.): *Guatemala: las particularidades del desarrollo humano*. Band I: *Democracia, Etnicidad y Seguridad*. 1999.

⁷ Héctor Alejandro Gramajo Morales, op. cit.

gewählt wurden.

Auf dem Weg zur Demokratie sind jedoch während der Regierungszeit von Cerezo von 1986 - 1991 mehrere Staatsstriche versucht worden; außerdem versuchte im Mai 1993 ein ziviler Präsident, der sich für einen Militär hielt, die Verfassung des Landes außer Kraft zu setzen. Dieser *sui generis*-Handstreich, das letzte Hindernis auf dem Weg zur Demokratie, konnte jedoch durch die Mobilisierung der organisierten Sektoren der Zivilgesellschaft und einer Fraktion des Heeres, insbesondere der militärischen Intelligenz, abgewehrt werden. Die genannten Sektoren sind in der *Instancia Nacional de Consenso* zusammengeschlossen, einer Vereinigung von verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft und der politischen Parteien.⁸ Es wurden auch mehrere Kommunalwahlen und zwei Volksbefragungen zu Verfassungsreformen durchgeführt, wobei durch Mehrheitsbeschluss die von 1994 genehmigt und die von 1999 abgelehnt wurde.

Die Hypothese, dass die Transition abgeschlossen ist, wird nicht nur durch die Tatsache bestätigt, dass die durchgeführten Wahlprozesse legal und legitim waren, sondern auch durch das effektive Funktionieren politisch-administrativer Institutionen wie dem obersten Wahlgericht TSE oder der Verfassungsgebenden Versammlung; sie wird weiterhin bestätigt durch die aktive Rolle der Kommunikationsmedien, die Funktionalität der politischen Parteien

und schließlich durch die Unterzeichnung des Friedensabkommens im Dezember 1996, die einen endgültigen Schlusspunkt unter die bewaffnete Auseinandersetzung und den politischen Ausschluss setzte. Dadurch wurden die Spielräume für die politisch-ideologische Teilnahme konsolidiert und die freie Teilnahme der in der Vergangenheit sehr eingeschränkten aufständischen Sektoren am politischen Geschehen und der Parteienbildung verwirklicht.

Die Beendigung der Transition brachte jedoch weder eine starke progressive Führung hervor, die die Herrschaft der traditionellen Sektoren gefährdet hätte (worauf im letzten Teil noch näher eingegangen wird), noch förderte sie eine ideologisch-programmatische Debatte. Das politische Leben im Lande nahm keinen anderen Kurs, wie das zum Beispiel in El Salvador der Fall war. Ganz im Gegenteil: Was sich beobachten lässt, ist eine rapide Zunahme der Ernüchterung in der Bevölkerung, eine Tatsache die von Wahl zu Wahl zu einer geringeren Wahlbeteiligung führte.

V.2 Bürgerengagement und Wahlbeteiligung

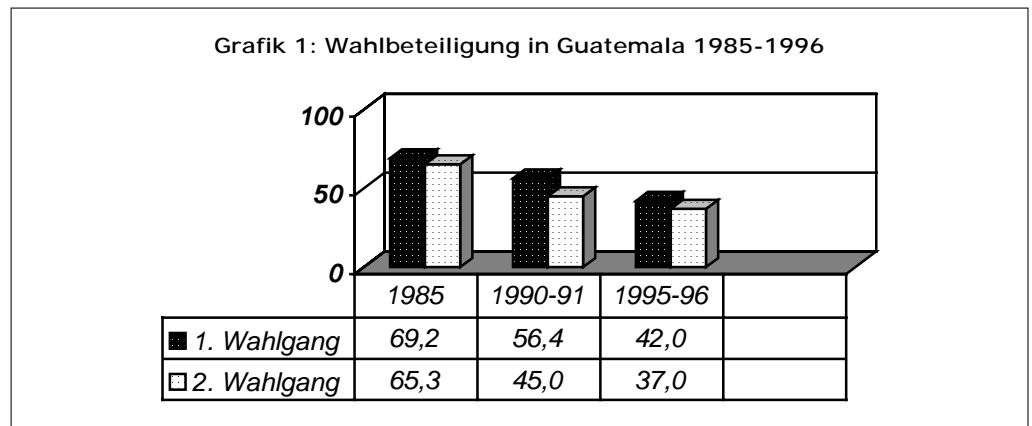
Grafik 1 zeigt, wie die Bereitschaft der Bevölkerung, sich an den Wahlen zu beteiligen, während der Übergangsphase zur Demokratie immer mehr abnahm: 1985 erreichte die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang 69%, 1991 56% und 1995 42%, wobei im zweiten Wahlgang die Beteiligung mit 65%, 45% und 35% jeweils noch geringer ist. Die Wahlbeteiligung erhält jedoch dramatische Züge, wenn man die

Die Beendigung der Transition brachte weder eine starke progressive Führung hervor, die die Herrschaft der traditionellen Sektoren gefährdet hätte, noch förderte sie eine ideologisch-programmatische Debatte.

⁸ Rachel M McCleary: *Imponiendo la democracia: las élites guatemaltecas y el fin del conflicto armado*. Guatemala: Artemis Edinter 1999.

Ergebnisse der Volksbefragungen, die anlässlich der Verfassungsreformen durchgeführt wurden, betrachtet: An der Befragung von 1994 nahmen nur 15,87% teil

und an der von 1999 nur 18,55%, wobei sich die Beteiligung geringfügig um 2,68 Prozentpunkte erhöhte.



V.3 Die Bilanz der Regierung Arzú

Nimmt man zu dem bisher gesagten noch das Resultat einer Reihe von Meinungsumfragen hinzu, bei denen die Frustration der Bürger, der Vertrauensverlust und der Korruptionsverdacht gegenüber den politischen Parteien zum Ausdruck gebracht wird, gelangt man zu der Schlussfolgerung, dass im Lande eine starke Ernüchterung im Bezug auf die Demokratie existiert. Ohne dem Fatalismus anheim zu fallen, muss jedoch die Frage gestellt werden, ob die Demokratie möglicherweise wieder einen Rückschlag erleiden wird, wie dies in Ländern wie Paraguay, Ecuador, Venezuela oder Peru bereits der Fall ist.

Einige Meinungsforscher haben bereits die Vermutung geäußert, dass auf Grund der geringen Wahlbeteiligung und der ideologischen Distanz zwischen den beiden Spitzenkandidaten die Wahl dieses Mal in einem Durchgang entschieden wird.

Andererseits wird die Wahl zum ersten Mal seit vielen Jahren zum

Ende einer Regierung durchgeführt, die auf ihrer Habenseite mit beträchtlichen Leistungen im Bereich der öffentlichen Aufgaben, sowie mit wichtigen sozialen und politischen Leistungen aufwarten kann. Aus der letzten Meinungsumfrage durch *Borges y Asociados* im Juli 1999 zu diesem Punkt geht hervor, dass die meisten Bürger die Amtszeit von Präsident Alvaro Arzú positiv bewerten.

Tabelle 3: Meinungsumfrage über den Präsidenten Alvaro Arzú	
Sehr guter Präsident	10,3%
Guter Präsident	26,7%
Befriedigend	40,5%
Schlechter Präsident	10,2%
Sehr schlechter Präsident	7,5%
Keine Meinung	4,8%
Quelle: Borge & Asociados, Juli 1999	

77,5% der Guatemalteken bewerten den Präsidenten der Republik und seine Regierung zwischen befriedigend und sehr gut und nur etwa 18% stufen seine Regierungstätigkeit zwischen sehr schlecht oder schlecht ein.

Der Unterschied zwischen der derzeitigen Regierung und den vorausgegangenen liegt darin,

Andererseits wird die Wahl zum ersten Mal seit vielen Jahren zum Ende einer Regierung durchgeführt, die auf ihrer Habenseite mit beträchtlichen Leistungen im Bereich der öffentlichen Arbeiten, sowie mit wichtigen sozialen und politischen Leistungen aufwarten kann.

dass dies die erste Regierung der demokratischen Übergangsphase ist, der es gelang, sich aus den Verstrickungen eines politischen Alltags zu befreien, der hauptsächlich durch Krieg und Putschversuche bestimmt worden war. Voraussetzung hierfür war die Übereinkunft der führenden Eliten, nach dem gescheiterten Putschversuch von 1993 auf die Demokratie zu setzen. Hierzu ein Zitat von Raquel McClery: „Die zwei wichtigsten Gruppen der Elite, der organisierte private Sektor und die Militärs, erzielten eine Übereinkunft, die ihre Beziehungen völlig veränderte. Sie war die Antwort auf die Krise vom 25. Mai 1993, als Jorge Serrano fast diktatorische Macht erlangte. Auf Grund dieser, wenn auch unvollständigen, Übereinkunft der Eliten wurden die Möglichkeiten der politischen Teilnahme erweitert und die politischen Umgangsformen zivilisierter.“ Diese Übereinkunft verlor mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens und des Übergangs von einem unternehmerischen Staat in einen subsidiarischen Staat ihre Legitimation.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass mit dem Prozess der demokratischen Öffnung, der nach dem Putsch von 1993 einsetzte, durch die Billigung des neuen Gesetzes zur Inneren Ordnung des Kongresses der Republik die Säuberung des Kongresses durchgeführt wurde und der Widerspruch Exekutive - Richterliche Gewalt überwunden werden konnte. Zu dieser Veränderung kam die versöhnliche Haltung der *Unión Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG) nach ihrer Rückkehr

in die Legalität.⁹

Alle diese Tatsachen schufen die Voraussetzung für den Kurswechsel des Staates, der von der Regierung Arzú zusammen mit ihren eigenen Vorstellungen von einer Modernisierung des Landes vorangetrieben wurde: öffentliche Investitionen in großem Umfang, die sowohl vom privaten Sektor als auch von der öffentlichen Hand verwaltet wurden, Privatisierung von staatlichen Unternehmen, Verschlinkung des Staatsapparates und die Übertragung von Kontrollfunktionen an die Zivilgesellschaft (Familienväter im Erziehungswesen, Schirmherrschaften im Bereich des Gesundheitswesens und die private Anstellung von Ärzten in der Sozialversicherung). Die Durchführung dieser Modernisierungspolitik war unter anderem aus folgenden Gründen möglich:

- Die politische Entscheidung, den bewaffneten Konflikt im Lande innerhalb einer bestimmten Frist, nämlich einem Jahr, zu beenden.
- Die Unterzeichnung des Friedensabkommens vom 29. Dezember 1996, das es ermöglichte, den ständigen Widerspruch in den Reihen der Streitkräfte, zwischen jenen,

Der Unterschied zwischen der derzeitigen Regierung und den vorausgegangenen liegt darin, dass dies die erste Regierung der demokratischen Übergangsphase ist, der es gelang, sich aus den Verstrickungen eines politischen Alltags zu befreien, der hauptsächlich durch Krieg und Putschversuche bestimmt wurde.

⁹ Es ist interessant zu beobachten, dass die Rückkehr der URNG in die Legalität zwei entscheidende Veränderungen mit sich brachte: 1. das Einbringen von wichtigen Anliegen der sozialen Bewegungen in die Parteipolitik und 2. die Verhandlungsbereitschaft, die ein versöhnliches Ambiente zwischen den sozialen Bewegungen und der Regierung schuf. Ein Beispiel dafür ist die von der URNG und den Gewerkschaften eingenommene Haltung beim Verkauf der Telefongesellschaft, die von Toleranz und Akzeptanz geprägt war.

Die Daten zu den von der Regierung Arzú durchgeführten öffentlichen Arbeiten sowie die Daten zu ihrer veränderten Vorstellung von den Aufgaben des Staates nehmen eine Schlüsselstellung ein, wenn man verstehen will, wie die Zukunft des Landes aussehen wird.

die den Frieden als einen strategischen Schritt ansahen und jenen, die ihn in den taktischen Plan miteinbezogen, was zu vielen Konflikten zwischen den zivilen und den militärischen Regierungsmitgliedern führte, zu beenden.

- Die politische Begabung des Präsidenten Alvaro Arzú, sein sogenanntes Bürgermeister-syndrom, Dinge zu tun, die seine Effektivität bei der Handhabung öffentlicher Angelegenheiten unter Beweis stellen, anstatt nur Reden zu halten, was für den alten Regierungsstil charakteristisch war.
- Die Entscheidung, staatliche Unternehmen zu privatisieren, war zwar schon Teil der Programme früherer Regierungen, aber sie wurde nie realisiert.¹⁰ Von der Regierung Arzú dagegen wurden folgende Unternehmen privatisiert: die Elektrizitätswerke, die Telefongesellschaft, die Post, die Bahn und eine ganze Reihe anderer öffentlicher Institutionen. Zudem wurden öffentliche Arbeiten durch die Vergabe an private Auftragsnehmer effizienter durchgeführt und damit der Trägheit des alten Ministeriums für Öffentliche Arbeiten, Erziehung und Gesundheit ein Ende gesetzt.
- Die Haltung der Regierung, Veränderungen, die ihrer Meinung nach wichtig waren,

durchzuführen, ohne auf die öffentliche Meinung, die Standpunkte der Opposition oder der *pressure groups* zu achten. Dadurch war es möglich, diese Politik zügig voranzutreiben.

- Das Konzept, sich gemeinsam mit dem Unternehmenssektor die Dienstleistungen auf dem Gebiet des Erziehungswesens zu teilen (diese werden immer mehr von den Familienvätern und nicht von den Lehrern erbracht, wie dies in der Vergangenheit der Fall war), Schirmherrschaften in den Krankenhäusern zu bilden, Ärzte im Bereich der Sozialversicherung einzustellen, sowie die Genossenschaftsbewegung und die Basisorganisationen in den Entwicklungsräten, bei der Verteilung von Düngemitteln und bei der Verwaltung des Grundstücksfonds zu fördern.

Die Daten zu den von der Regierung Arzú durchgeführten öffentlichen Arbeiten sowie die Daten zu ihrer veränderten Vorstellung von den Aufgaben des Staates nehmen eine Schlüsselstellung ein, wenn man verstehen will, wie die Zukunft des Landes aussehen wird und welche Veränderungen bereits in der Gegenwart gemacht worden sind. Hierzu ein paar Beispiele, die der Evaluierung der Situation dienen sollen.

Anhand des Straßennetzes des Landes lässt sich ein interessanter Vergleich der von den einzelnen Regierungen der demokratischen Übergangsphase getätigten Investitionen im Bezug auf die Asphaltierung von Autostraßen, die Befestigung von Wegen und den Bau von Landstraßen anstellen. Im Verlauf von fünf Jahren

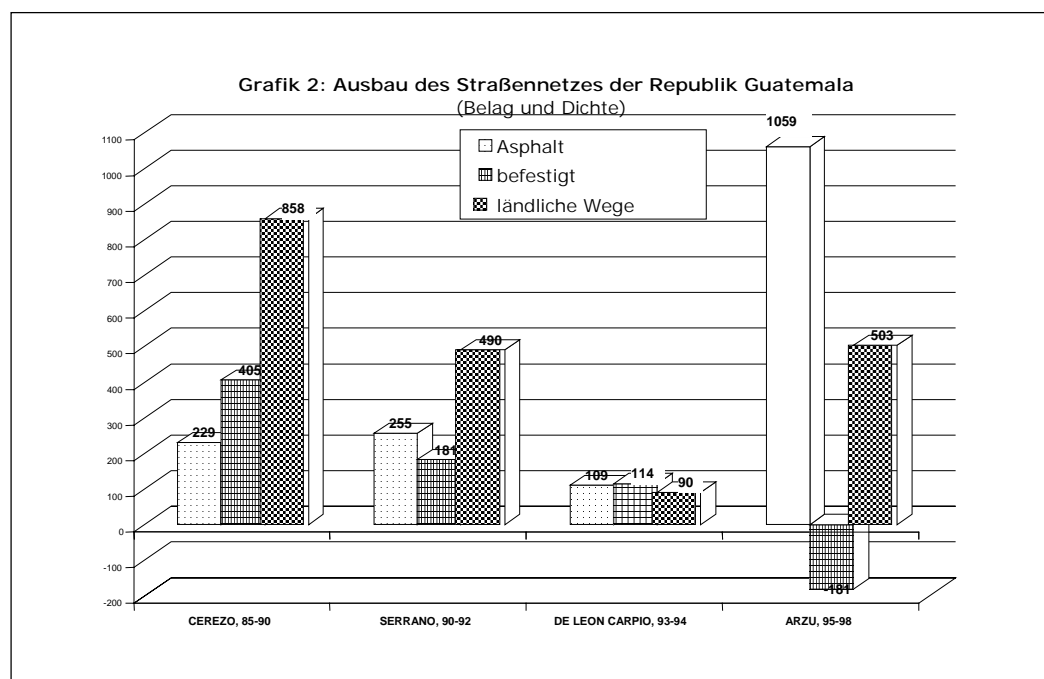
¹⁰ Der Gipfel dieser trägen und ambivalenten Haltung war der Fall des Expräsidenten Ramiro de León, der den Ingenieur Manuel Ayau als „Privatisierer“ einsetzte, ihm dann aber jede Unterstützung von seiten der Regierung versagte, als es um die Ausführung ging.

wurden von der Regierung Cerezo 229 km asphaltiert, 405 km befestigt und 850 km Landstraßen gebaut. Die Regierung Serrano asphaltierte in zwei Jahren und fünf Monaten 255 km, befestigte 181 km und baute 490 km Landstraßen. Die Regierung von Ramiro de León asphaltierte in zweieinhalb Jahren 109 km, befestigte 114 km und baute 90 km Landstraßen. Die Regierung Arzú dagegen baute von 1996 bis 1998 (also in drei Jahren) 1.059 km asphaltierte Autostraßen, reduzierte die befestigten Wege um 181 km (der Rest wurde asphaltiert) und baute 503 km Land-

straßen. Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Artikels war das Straßennetz laut der genannten Quelle um 5.058 km erweitert worden.

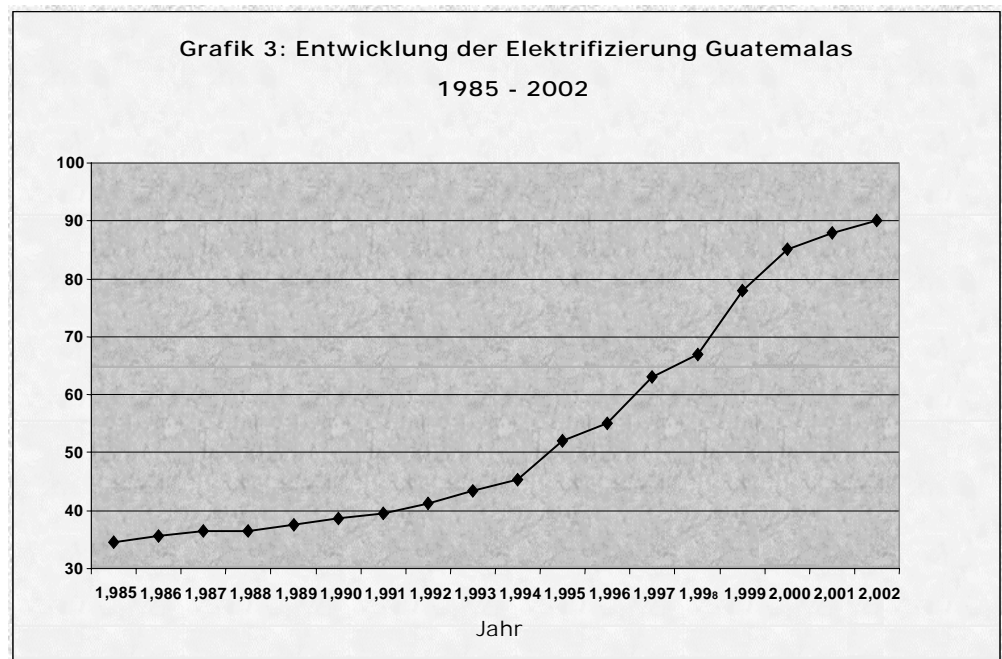
Es lässt sich also nicht bestreiten, dass während der Regierungszeit von Arzú die verkehrstechnische Erschließung des Landes durch die Asphaltierung von Straßen beträchtlich vorangeschritten ist. Mit Hilfe der Grafik 2 soll dies veranschaulicht werden (die Daten stammen von dem Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungswesen).

Es lässt sich nicht bestreiten, dass während der Regierungszeit von Arzú die verkehrstechnische Erschließung des Landes durch die Asphaltierung von Straßen beträchtlich vorangeschritten ist.



Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Elektrizitätserzeugung und -verteilung. Hier gelang es, durch den Verkauf der Stromgesellschaft die geographische Fläche der Stromversorgung von 30% 1985 über 45% 1995 auf 73% 1999 zu verdoppeln, wobei damit gerechnet wird, dass im Jahre 2000 95% des Landes mit Strom versorgt sein werden. Die Zunahme der Elektrifizierung in den

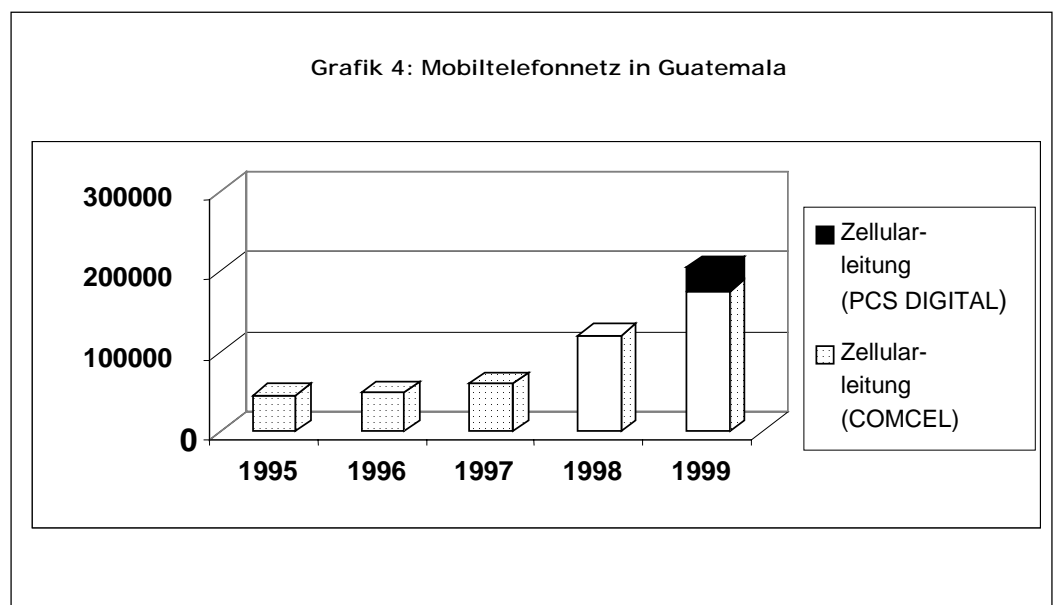
letzten 4 Jahren war gewaltig, vor allem wenn man die Schätzungen für das Jahr 2001 einbezieht, die davon ausgehen, dass dann 95% des nationalen Territoriums mit elektrischer Energie versorgt sein werden und Guatemala damit nicht mehr ein Land im Dunkeln wäre. Grafik 3 zeigt die Entwicklung der Elektrifizierung von 1985 bis zu dem Schätzwert für das Jahr 2002.



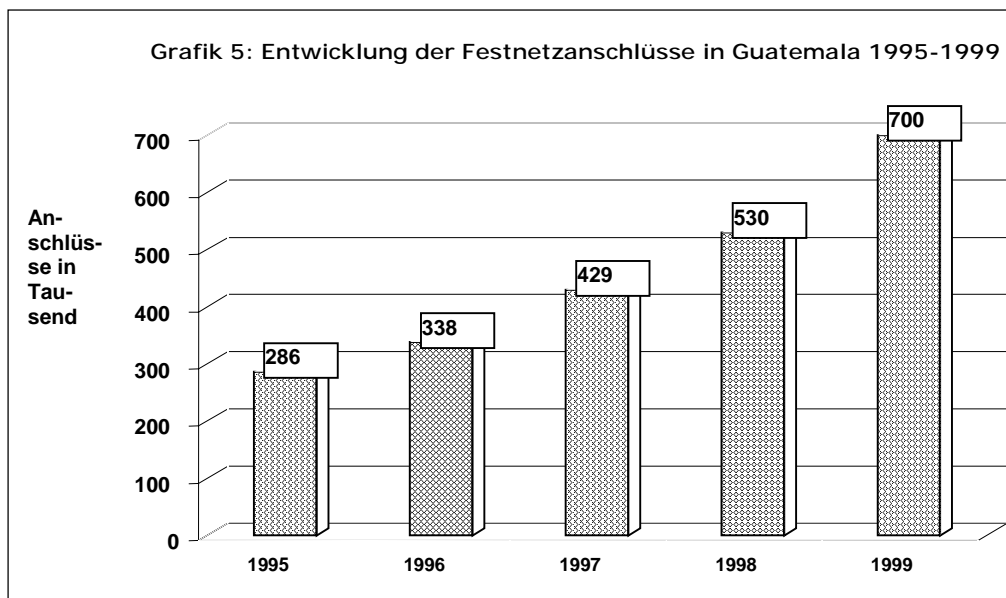
Das dritte Beispiel bezieht sich auf die Mobilfunkanbieter, die ab 1995 privatisiert wurden, wobei durch das Hinzukommen neuer Betreiber die Zahl der Leitungen von ca. 10.000 (1995) auf ca. 200.000 (1999) erhöht wurde, wie aus Grafik 4 zu ersehen ist.

Ein weiterer interessanter Aspekt ist die Ausweitung des Festnetzes von 286.000 Leitungen (1995) auf 700.000 Leitungen zum Ende

des Jahres 1999, wie aus Grafik 5 zu ersehen ist. Was die Telefonversorgung im ländlichen Raum anbetrifft, so sollen bis Ende 1999 die Installation von 4.475 Gemeinschaftsanlagen beendet sein, die insgesamt 1.552 Gemeinden im ganzen Land zu gute kommen sollen.



Grafik 5: Entwicklung der Festnetzanschlüsse in Guatemala 1995-1999



Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass es unter der derzeitigen Regierung gelungen ist, 94% der Kinder mit einer Grundschulerziehung zu versorgen. Es wurden 3.000 neue Schulen gebaut und 14.000 Lehrer neu eingestellt, zu denen noch die 4.000 Lehrer, die im Rahmen des „Programms der Selbstverwaltung für die Entwicklung des Erziehungswesens“ (PRONADE) bereitgestellt werden, hinzukommen. Eine der wichtigsten Daten ist jedoch die immer stärkere Miteinbeziehung der Familienväter bei der Verwaltung der Fonds des Ministeriums für Erziehung (MINEDUC) für die Einstellung und Besoldung der Lehrer.

Hierzu ein Zitat aus dem Bericht „Guatemala: el rostro rural del desarrollo humano“ von 1999: Das Programm PRONADE sieht die Übertragung von Verwaltungsaufgaben im Schulbereich an lokale Koedukationskomitees (COEDUCA) vor: Verwaltung der Fonds des MINEDUC für die Einstellung der Lehrer, den Kauf von Schulbedarf (50,00 Q im Jahr für jedes Kind) und didaktische Unterrichtspakete (200,00 Q jährlich

für jeden Lehrer), die Versorgung mit einer Schulspeisung (0,50 Q pro Tag pro Kind im Jahre 1998), Anwesenheitskontrollen für Lehrer und Schüler, sowie Erwerb und Instandhaltung von Gebäuden, die dem Unterricht dienen sollen. Neben den COEDUCAS spielt bei PRONADE der private Sektor, das MINEDUC und seine Behörden sowie die verschiedenen örtlichen Institutionen der pädagogischen Dienste vor Ort eine zentrale Rolle. Im Jahre 1997 wurden von PRONADE mehr als 84.000 Mädchen und Jungen, und 1998 175.000 in 20 Departements und 2.841 Gemeinden betreut.“

Die Schlussfolgerung aus all diesen Beispielen ist, dass die derzeitige Regierung ganz klar auf eine Modernisierung des Staates setzt, indem sie versucht, den Markt zu erweitern (durch Verkauf, Lizenzvergabe und Nutznießung der Aktiva des Staates), den Staatsapparat zu verkleinern, die Beteiligung von Privatpersonen (Familienvätern) zu fördern und das Personal im Erziehungswesen, im Bereich der Sozialversicherung und anderen Institutio-

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass es unter der derzeitigen Regierung gelungen ist, 94% der Kinder mit einer Grundschulerziehung zu versorgen.

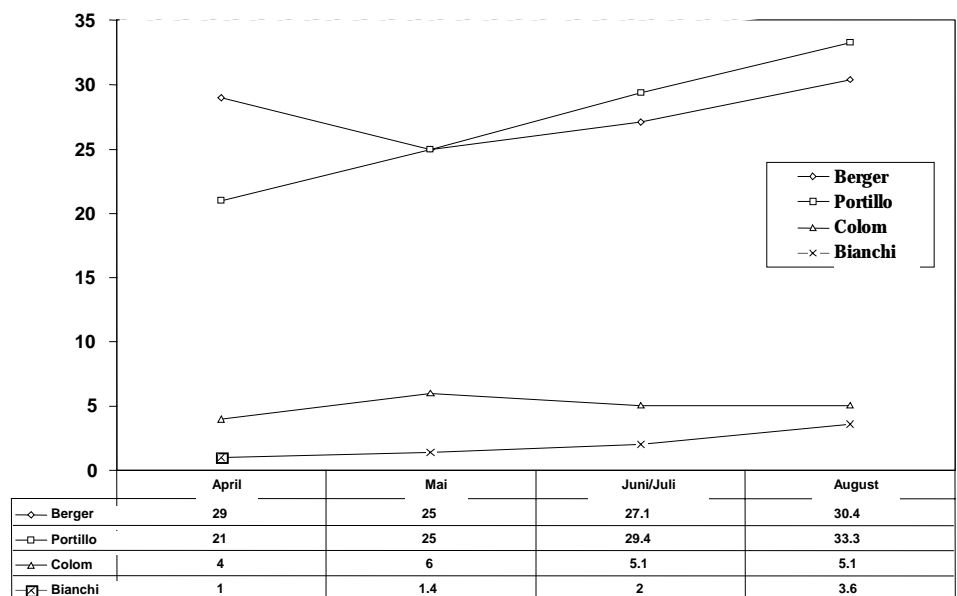
nen zu erhöhen. Dem Problem der Armut in Guatemala soll mit marktwirtschaftlichen Strategien begegnet werden.

Abschließend muss zweifelsohne auch noch die Unterzeichnung des Friedensabkommens erwähnt werden, die eine Stärkung des demokratischen Prozesses und der politischen Stabilität mit sich brachte und somit die wesentlichen Voraussetzungen für ein

stärkeres Wirtschaftswachstum und eine bessere Entwicklung schuf.

Vor diesem Hintergrund drängt sich eine politische Fragestellung auf: Worauf ist es zurückzuführen, dass der Präsidentschaftskandidat der derzeitigen Regierung (*Partido de Avanzada Nacional*, PAN) bei den Meinungsumfragen an Stimmen verlor?

Grafik 6: Monatliche Umfrageergebnisse
Wahlen 1999
(Guatemala)



VI. Zwischen Pragmatismus und Elitismus

Eine Analyse der drei von der Firma *Borge y Asociados* im April, Juni, Juli und August veröffentlichten Meinungsumfragen zeigt, dass das Ansehen von Alfonso Portillo und der *Frente Republicano Guatemalteco* (FRG), die ihn als Kandidaten aufgestellt hat, in der Wählergunst gestiegen ist, während Oscar Berger, Kandidat der derzeitigen Regierung, im Mai einen Verlust von vier Prozentpunkten hinnehmen musste. Er

konnte zwar in den Monaten, Juni, Juli und August wieder einen Teil seiner Stimmverluste wettmachen, diese aber nicht völlig aufholen. In der Umfrage vom August konnte Berger erneut kräftig zulegen, liegt aber immer noch mit 3% hinter Portillo zurück, wie Grafik 6 deutlich macht. Die Grafik zeigt einen Anstieg der Wählergunst für die Opposition von 21% im April auf 33% im August. Alfonso Portillo hat somit in vier Monaten 12,3% zugelegt. Es ist interessant darauf hinzu-

weisen, dass er damit die Höchstgrenze von 23% der Stimmen, die er beim ersten Wahlgang 1995 erreichte, überschritten hat. Dieser Trend, 60 Tage vor Wahlbeginn, legt die Vermutung nahe, dass er binnen kurzem seine Höchstgrenze an Stimmen erreicht haben wird. Trotzdem könnte er beim ersten Wahlgang als Sieger hervorgehen, wenn er pro Monat um drei Punkte zulegt. Der Regierungskandidat dagegen hat anfangs mögliche Wählerstimmen verloren, dann aber wieder 2,7% dazu gewonnen. Im April konnte er noch 29% der Wählerstimmen zu seinen Gunsten verzeichnen, fiel aber von Mai bis Juni auf 25% zurück und stieg im Juli wieder auf 27% und im August auf 30,4% an. Schließt man bei diesen Umfragen eine Fehlerquote von 5 Prozentpunkten ein, könnte man sagen, dass das Rennen zwischen beiden Kandidaten unentschieden ist. Trotzdem lässt sich nicht abstreiten, dass Berger 4 Prozentpunkte verloren hat, von denen er nur 3% im August wieder aufholen konnte.

Die Erklärung für diese Situation scheint auf verschiedene Faktoren zurückzuführen zu sein:

- Das offensichtliche Fehlen einer gemeinsamen Wahlstrategie der Regierung und des von ihr aufgestellten Präsidentschaftskandidaten - das beste Beispiel hierfür ist die Aufstellung der politischen Mannschaft in den Abgeordnetenlisten durch Präsident Arzú gegen Oscar Berger -, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die durch den Bankrott mehrerer Banken sowie den Anstieg des

Wechselkurses und der Inflationsrate deutlich wird, und nicht zuletzt die schlechte Haushaltspolitik.

- Die ständigen, harten Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und den Medien, die im Juli einen noch schärferen Ton annahmen.
- Eine fehlende Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit der Regierung, der es nicht gelungen ist, die von ihr erbrachten Leistungen und die damit verbundenen Verbesserungen in der Öffentlichkeit hinreichend darzustellen.
- Die Art und Weise, wie die Telefongesellschaft verkauft wurde, und der damit verbundene Korruptionsverdacht.
- Das Bild einer elitären, nicht offenen und nur auf Guatemala-Stadt ausgerichteten Regierung.

Der Opposition dagegen gelang es dank des „Pragmatismus“ des Generals Efraín Ríos Montt und ihres Präsidentschaftskandidaten, eine breite Plattform der Unterstützung zu erzielen, angefangen bei den führenden Militärs der Vergangenheit, Führern der *Democracia Cristiana*, wie z.B. des Ex-Generalsekretärs und Präsidentschaftskandidaten von 1990, Alfonso Cabrera, Führern der Zentrumsparteien wie dem Ex-präsidenten Ramiro de León Carpio, außer Dienst gesetzten Militärs bis hin zu den dem linken Spektrum angehörenden Intellektuellen. Dieser typisch kreolische „Pragmatismus“, diese Mörtelmasse, die Persönlichkeiten der Vergangenheit wie den Ex-Direktor des *Comando Seis*, einem repressiven Organ der Re-

Der Opposition gelang es dank des „Pragmatismus“ des Generals Efraín Ríos Montt und ihres Präsidentschaftskandidaten, eine breite Plattform der Unterstützung zu erzielen

An dritter Stelle und weit abgeschlagen befindet sich die Linke, die von Alvaro Colom angeführt wird, dessen Hauptmerkmal es ist, dass er keine Parteizugehörigkeit besitzt.

gierung von Lucas García, und den Ex-Staatsanwalt für Menschenrechte, Ramiro de León Carpio, verbindet, steht im krasen Gegensatz zu dem „prinzipientreuen“ Diskurs eines Generals Ríos Montt, der sich der Orthodoxie der fundamentalistischen *Iglesias Evangélicas* verbunden fühlt, und dem linken Populismus eines Alfonso Portillo, über den der Ex-Präsident des Unternehmerdachverbandes *Confederación de Asociaciones de Comerciales, Industriales y Financieras* (CACIF) schützend seine Arme ausgebreitet hat.

An dritter Stelle und weit abgeschlagen befindet sich die Linke, die von Alvaro Colom angeführt wird, dessen Hauptmerkmal es ist, dass er keine Parteizugehörigkeit besitzt. Durch seinen beruflichen Werdegang stand er bisher eher dem Unternehmertum und dem öffentlichen Sektor nahe. Unter den letzten drei Regierungen von Jorge Serrano Elías, Ramiro de León Carpio und Alvaro Arzú war er für die Sozialentwicklung und insbesondere für den Fonds für den Frieden, FONAPAZ zuständig. Sein Regierungsamt brachte es mit sich, dass er zum Maya-Priester konvertierte, was ein nicht uninteressanter Kompromiss in einem multiethnischen Land ist. Er lässt sich gerne von einem evangelischen Pastor, einem Cakchiquel und alten Kämpfer der revolutionären Bewegung des Landes, begleiten.

Die Zukunft dieser Kräftekoalition, die sich zur *Alianza Nueva*

Nación (ANN) zusammenschloss, scheint angesichts der ständigen Schwierigkeiten, die sie hatte, ein gemeinsames Projekt auf die Beine zu stellen, ungewiss.

Die URNG ist mit der DIA, die in den letzten Wahlen 39.425 gültige Stimmen, das heißt 2,5% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte, eine wenig tragfähiges Bündnis eingegangen. Außerdem koalitiert sie mit einer Gruppe von ehemaligen Kämpfern der Linken, die sich in einer noch im Entstehen begriffenen Partei, der UNID, zusammengeschlossen haben.

Die *Frente Democrático Nueva Guatemala* (FDNG) gehörte ursprünglich ebenfalls zu dieser politischen Koalition, wurde dann aber ausgeschlossen, was zum endgültigen Bruch führte. Präsidentschaftskandidatin der FDNG ist Lic. Catalina Soberanis, stellvertretende Sekretärin der *Democracia Cristiana* und als Vizepräsident wurde der indigene Führer Juan León bestimmt. Die FDNG, die die erste Wahlerfahrung der revolutionären Linken war und die zum großen Teil im geheimen von der URNG organisiert worden war, erhielt 1995 ungefähr 8% der Wählerstimmen. Außerdem stellen noch weitere 6 Parteien einen Präsidentschaftskandidaten, unter denen ein ehemaliger Staatsanwalt, ein Umweltingenieur und ein Evangelischer Pastor besonders hervorzuheben sind (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: Die Präsidentschaftskandidaten und ihre politische Ausrichtung

Kandidaten	Parteien	Ausrichtung
Alfonso Portillo Cabrera Juan Francisco Reyes López	<i>Frente Republicano Guatemalteco</i> . FRG	populistisch-konservativ
Oscar Berger Perdomo Arabella Castro	<i>Partido de Avanzada Nacional</i> . PAN	mitte-rechts
Alvaro Colom Vitalino Similox	<i>Alianza Nueva Nación</i> : <ul style="list-style-type: none"> <i>Unión Revolucionaria Nacional Guatemalteca</i>. URNG <i>Partido de Desarrollo Integral. Auténtico</i>. DIA <i>Unidad de Izquierda Democrática</i>. UNID 	links
Catalina Soberanis Juan León	<i>Frente Democrática Nueva Guatemala</i> . FDNG	mitte-links
Acisclo Valladares Molina / Guillermo Salazar Santizo	<i>Partido Liberal Progresista</i>	liberal
Francisco Bianchi Manolo Benfeld	<i>Partido Acción Renovadora Democrática</i> . ARDE	religiös, fundamentalistische Evangelikale
José Asturias Rudeke Raquel Blandón	<i>Unión Democrática</i> . UD	ökologisch
Carlos Humberto Pérez	<i>Movimiento de Liberación Nacional</i> . MLN	konservativ
Danilo Roca Barillas	<i>Unión del Centro Nacional</i> . UCN	liberal
Flor de María Solís	<i>ARENA</i>	konservativ

VII. Das Profil des Wahlkampfes: Realitäten statt Träume

Das Wahlprofil wird durch einen konservativen politisch-ideologischen Kontext abgesteckt, der von den weltweiten Veränderungen beeinflusst wird. Die Uneinigkeit, die Aufspaltung und die Schwäche der Linken rücken die Möglichkeit, angesichts des neuen Jahrtausends eine ernsthafte, programmatische Debatte zu führen, in weite Ferne.

Wir haben es bei dieser Wahl mit einem Szenarium ohne Ideologien zu tun, das dem der letzten Wahl im Jahre 1995 ähnelt, wo die Spitzenparteien dieselben waren: die PAN und die FRG. Die Linke ANN, die in den Umfragen nur 5% erreichen konnte, präsentiert sich mit einem Diskurs der Zent-

rumsparteien. Die andere linke Gruppierung, die FDNG, nimmt sich der Forderung der Frauen und der Indígenas an. Die Daten der Meinungsforschungsinstitute deuten zur Zeit auf einen Sieg im ersten Wahlgang des militärischen Pragmatismus hin, wodurch sich die historische Absicht, dass es keiner Partei gelingt, wiedergewählt zu werden, wiederholen würde.

Dessen ungeachtet sind bei dieser Wahl zwei Dinge neu: erstens das Verschwinden der Parteien der Mitte, der *Democracia Cristiana* (sie nimmt bisher ohne Präsidentschaftskandidaten teil), der *Unión de Centro Nacional*, die eine der stärksten Parteien des Landes war und inzwischen völlig in Verfall geraten ist (ihr Präsidentschaftskandidat konnte nur 2%

Das Wahlprofil wird durch einen konservativen politisch-ideologischen Kontext abgesteckt, der von den weltweiten Veränderungen beeinflusst wird.

Die Entideologisierung des Wahlkampfes scheint einem neuen Moment in der Politik des Landes zu entsprechen, das in vielerlei Hinsicht dem ähnelt was Schumpeter bereits in seinem Buch *Capitalism, Socialism and Democracy* über die Symbiose zwischen Wirtschaftsmarkt und politischem Markt geschrieben hat.

der Stimmen auf sich vereinen) und der sozialdemokratischen *Partido Socialista Democrático*, die nicht mehr präsent ist, da sie die fristgerechte Anmeldung verpasst hat, und zweitens die legale Teilnahme der ehemals aufständischen Bewegung unter Bedingungen, die bereits ausgeführt worden sind.

Die Entideologisierung des Wahlkampfes scheint einem neuen Moment in der Politik des Landes zu entsprechen, das in vielerlei Hinsicht dem ähnelt was Schumpeter bereits in seinem Buch *Capitalism, Socialism and Democracy* über die Symbiose zwischen Wirtschaftsmarkt und politischem Markt geschrieben hat. Wir befinden uns tatsächlich in einer Zeit, wo in der Politik nicht mehr Träume, sondern Realitäten verkauft werden, und dies gilt sowohl für die Kandidaten als auch für die Bürger. Es kommt demnach nur noch darauf an, ein Wahlangebot zu unterbreiten und die Kundschaft (Bürgerschaft) davon zu überzeugen, dass das angebotene Produkt weitaus bessere Qualitäten aufweist als das der Konkurrenz.

Bei dieser Denkweise geht es nicht mehr um den Traum von Demokratie, von sozialer Gerechtigkeit oder Freiheit, sondern um den Erhalt eines Arbeitsplatzes, einer Wohnung oder anderer Dienstleistungen, die auf der Bedarfsliste eines Landes mit einer riesigen Nachfrage stehen. Das Parteiprogramm ist durch komödiantische Unterhaltung, gute Witze, satirische Bemerkungen, gezielte Angriffe und dergleichen ersetzt worden, ohne dass dabei irgendein Thema gründlich disku-

tiert würde. Bei diesen Wahlen kämpfen die Medien und eine kleine Minderheit von Bürgern für die Aufstellung eines Programms: eine Forderung, die am „guten Rat“ der „Wahlratgeber“ abprallt, die empfehlen, mit dem Programm erst zum Ende der Wahlkampagne aufzuwarten.

Der Wähler fordert vom Politiker zum Ende des Jahrhunderts einen Lebenslauf, der nicht akademische Würden enthält, sondern Leistungen. Was hat er gemacht? Und auf welche Art und Weise hat das, was er gemacht hat, mir genutzt? Das Problem ist nicht mehr, ob der Staat größer oder kleiner geworden ist, sondern ob er fähig ist, Antworten zu geben, oder ob er effektiv seiner Verantwortung bei der Verwaltung und Leistung von Diensten nachkommt. Das beste Beispiel hierfür ist die Privatisierung der Strom- und Telefonunternehmen, die von der Bevölkerung allein daran gemessen wird, ob die Dienstleistungen verbessert und Preise billiger geworden sind. Zum Ende des 20. Jahrhunderts ist es wie bereits angedeutet nicht mehr möglich, Plattformen zu bilden, die sich ausschließlich auf einen intellektuellen Diskurs stützen. Die Leute, die Bürger, fordern Leistungen und Vergünstigungen als Gegenleistung für die Abgabe ihrer Stimme. Der politische Markt scheint zu funktionieren.

Ein zweiter Faktor, der sich während des Transitionsprozesses wiederholt gezeigt hat, ist die Permanenz einer autoritären Kultur innerhalb der politischen Parteien, was bei der Besetzung von Posten mit Kandidaten, die von der Öffentlichkeit gewählt wer-

den, klar zum Ausdruck kommt. Alle Parteien, die rechten, die linken oder die der Mitte haben in diesem Wahlkampf die Kandidaten für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft, die Abgeordneten, die Bürgermeister und sicherlich auch die Stadt- und Gemeinderäte auf den Gemeindevahllisten mit „Fingerzeig“ bestimmt.

Diese autoritäre Kultur, an der Robert Michels mit Vergnügen sein „ehernes Gesetz der Oligarchie“ aufzeigen würde, widerspricht dem Wesen des demokratischen Diskurses, den die Linken und die Rechten in der Öffentlichkeit, in den Foren oder den Präsidentschaftsdebatten verkünden. Wir haben es hier mit einem Widerspruch von Theorie und Praxis zu tun: Wird es möglich sein, die Demokratie mit autoritären politischen Parteien zu schaffen? Oder anders herum gefragt: Wird es möglich sein, die politischen Parteien zu demokratisieren?

Einige glauben, dass dies nicht möglich sei, andere jedoch sind optimistischer und glauben, dass in dem Maße, wie der öffentlichen Meinung, der Erziehung und der politischen Erfahrung mehr Raum gegeben wird, sich auch die demokratische Kultur verändern wird, was wiederum grundlegende Veränderungen innerhalb der politischen Organisationen zur Folge haben wird. Wenn sich die politischen Parteien nicht demokratisieren, werden sie immer mehr ihre Repräsentativität verlieren, die Bürger werden sich noch mehr dem System verweigern, und die Gefahren der Rückkehr zum Autoritarismus werden sich erneut zeigen. Das beste Bei-

spiel dafür sind die demokratischen Rückschläge, die wir zur Zeit in Venezuela erleben.

Der dritte Faktor ist mit der neuen politischen Agenda verbunden, bei der Themen wie ethnische Zugehörigkeit, Gender- oder Umweltprobleme von den politischen Parteien, die sich der Wahl stellen, nur am Rande berührt werden. Was das Thema der ethnischen Heterogenität des Landes anbetrifft, so ist dieses von der politischen Debatte völlig ausgeschlossen. Das Resultat der Volksentscheide war ein harter Schlag für die organisierten ethnischen Gruppen, so dass sie sich gezwungen sahen, auf ihre Marginalisierung im politischen Wahlkampf aufmerksam zu machen, wie das Rigoberta Menchú getan hat. Dass Vitalino Similox der Kandidat für die Vizepräsidentschaft ist, scheint nicht einmal innerhalb der ANN große Besorgnis zu erregen, da er sich in der Öffentlichkeit mehr mit dem Thema Religion verbunden zeigt. Die FDNG versucht, das Gender-Problem mit Catalina Soberanis als Präsidentschaftskandidatin und das ethnische Thema mit Juan León wieder auf ihr Banner zu schreiben, beide Themen fehlen jedoch auf der Wahlagenda.

VIII. Die beiden Szenarien der nächsten Regierung

Szenarium 1: Ein neuer Militarismus?

Für die Zukunft ergeben sich zwei Szenarien, die vom Wahlergebnis abhängen. Das eine besteht im Sieg des militärischen Pragmatismus der FRG mit Alfonso Portillo, Juan Francisco Reyes López (Offizier des chilenischen Heeres) und General Efraín Ríos Montt.

Wenn sich die politischen Parteien nicht demokratisieren, werden sie immer mehr ihre Repräsentativität verlieren, die Bürger werden sich noch mehr dem System verweigern, und die Gefahren der Rückkehr zum Autoritarismus werden sich erneut zeigen. Das beste Beispiel dafür sind die demokratischen Rückschläge, die wir zur Zeit in Venezuela erleben.

Dieses Szenarium soll im folgenden kurz dargestellt werden:

- Bildung einer doppelköpfigen Regierung mit Portillo als Staatspräsident und Ríos Montt als Präsident des Kongresses, unterstützt von Juan Francisco Reyes López, dem Vizepräsidenten, der zusammen mit Ríos Montt die Partei gründete. Alfonso Portillo verfügt nicht über den geringsten Einfluss auf die Abgeordneten der Partei, die ihn zum Präsidenten macht. Die Macht liegt ausschließlich bei General Ríos Montt und mit ihm wird die Rückkehr zur militärischen Vorherrschaft eingeleitet.
- Innerhalb der Exekutive wird das Gewicht des Vizepräsidenten der Republik sehr stark sein, da er erstens mit den Regierungsgeschäften bereits vertraut ist, während der Präsidentschaftskandidat noch keinerlei administrative Erfahrungen besitzt, und weil er zweitens die Kontrolle über die Partei und die Unterstützung durch General Ríos Montt hat.
- Der Sieg der FRG wird die Beziehungen zu den Streitkräften neu gestalten, vor allem wegen General Ríos Montt und der Mannschaft von Offizieren, die nicht mehr im Dienst sind, aber die diese Alternative unterstützen. Dies gibt Anlass zu der Vermutung, dass im Land ein „frischer Wind“ des Militarismus weht.
- Nicht zuletzt haben wir es hier mit einer Alternative populistischen Zuschnitts zu tun, die auf Grund ihrer Zusammensetzung in sich sehr widersprüchlich ist: ein Präsidentschaftskandidat, dessen theoretische Basis sich

auf den Marxismus stützt, der in seinem Läuterungsprozess eine Kehrtwendung zum Neoliberalismus vollzog und sich einer politischen Partei anschloss, die sich auf den evangelikalen Fundamentalismus des Generals Ríos Montt stützt.

Szenarium 2: Fortsetzung des Projektes der Regierung Arzú

Das andere Szenarium ergibt sich mit der Wahl von Oscar Berger Perdomo zum Präsidenten und Arabella Castro zur Vizepräsidentin. Für diesen Fall lassen sich die folgenden Punkte anführen:

- Es würden weiterhin Maßnahmen in Richtung eines subsidiären Staates getroffen, was eine Konsolidierung des von der Arzú-Regierung begonnenen Projekts gewährleisten würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde noch ein weiteres Projekt in Angriff genommen werden, bei dem der Unternehmenssektor des Landes weiterhin großen Einfluss haben wird.
- Eine Regierung, die ganz klar von Oscar Berger geführt wird, wobei sich der Regierungsstil völlig von dem des Präsidenten Arzú unterscheiden wird. Der Stil von Berger, wie er jetzt im Verlauf der Wahlkampagne zutage trat, ist gekennzeichnet durch die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Presse und einer Politik, die die Kommunikation nicht scheut, er war z.B. bei allen Debatten anwesend - ein Fakt, der im Gegensatz zu dem wenig kommunikativen und eher verschlossenen Regierungsstil Arzús steht.
- Eine neue Regierungsmannschaft, die sich völlig von der

gegenwärtigen unterscheidet. Berger war neun Jahre lang Bürgermeister von Guatemala-Stadt, und seine Regierungsmannschaft wird sich deshalb hauptsächlich aus denen zusammensetzen, die ihn während seiner Amtszeit als Bürgermeister begleitet haben.

- Eine gute Beziehung zu den linken Gruppierungen, was die Einhaltung des Friedensabkommens gewährleisten würde.
- Dieses Szenarium wäre ein besserer Garant für die Zukunft, obwohl die Regierung mit einer Reihe von politischen Problemen zu kämpfen haben

wird, besonders was die Führungsprobleme Oscar Bergers hinsichtlich der Abgeordneten der Regierungspartei anbetrifft.

- Nicht zuletzt würde sich die Beziehung zwischen Exekutive und Kongress auf Grund der Dialogbereitschaft Bergers verbessern, was wiederum die Verständigung mit der Opposition erleichtern würde.

Guatemala, im September 1999

aus dem Spanischen übersetzt
von Jutta Seeger-Vollmer